

Wiebke Knell

## KNELL: PROBLEMWÖLFE DÜRFEN NICHT WEITER VERNEINT WERDEN

30.04.2021

WIESBADEN – "Es ist unfassbar, dass Problemwölfe weiter verneint werden. Das zeigt, wie wenig ernst die Sorgen und Nöte der Tierhalter und anderer Bürgerinnen und Bürger genommen werden", erklärt Wiebke KNELL, landwirtschaftspolitische Sprecherin der Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag. Sie nimmt Bezug auf entsprechende Äußerungen des Landesamtes für Naturschutz, Umwelt und Geologie heute bei der Vorstellung des Wolfsmanagementplans. "Mittlerweile sind in Hessen fünf Wölfe nachgewiesen. Vor einem Jahr waren es lediglich zwei. Dass die Population wächst und Rudelbildung droht, lässt sich nicht verneinen. Die nahezu täglichen Sichtungen von Wölfen in vielen Regionen Hessens lassen außerdem darauf schließen, dass die wirkliche Zahl deutlich höher liegen muss", gibt Knell zu bedenken.

Mit dem vorgestellten Plan kann Knell nicht zufrieden sein: "Es wird jede Menge Bürokratie aufgebaut, ohne dass die eigentlichen Probleme gelöst werden. Es ist praxisfern, alle Weiden so einzuzäunen, dass Weidetiere vor Wolfsrissen geschützt werden können", erklärt Knell. Die Interessen der Tierhalter seien zu wenig berücksichtigt worden. "Da verwundert es, dass die zuständige Ministerin Priska Hinz von einer erfolgreichen Anhörung der Verbände spricht. Im Plan haben die Bedenken der Verbände jedenfalls kaum Niederschlag gefunden."

Die Ausgestaltung der neu hinzugekommenen Förderung von erweiterten Herdenschutzmaßnahmen auch für Rinder- und Pferdehalter sei schlecht, denn die Förderung gibt es erst nach einem bereits erfolgten Wolfsangriff. "Dann ist es ja schon zu spät – abgesehen davon, dass die Tierhalter nicht nur wirtschaftlich, sondern auch emotional Schaden erleiden", gibt Knell zu bedenken und ergänzt: "Dass diese Risse nur in seltenen Ausnahmefällen vorkämen, ist nicht richtig. Es gibt in Hessen bereits mehrere



bestätigte Kälberrisse, ein Fohlen wurde gerissen und ein Shetlandpony angegriffen. Auch in Niedersachsen wurden bereits Pferde gerissen. Größere Tiere werden vermehrt dann vom Wolf angegriffen, wenn dieser anfängt, im Rudel zu jagen. Ein Szenario, das auch in Hessen droht! In Niedersachsen ist man bereits zum Abschuss übergegangen."

Zufrieden zeigt sich Knell damit, dass den Forstämtern nun hauptamtliche Kräfte für die Begutachtung von Rissen und für die Probenentnahme zur Seite gestellt werden. "Das ist ein Eingeständnis, dass die bisherige Praxis nicht funktioniert hat. In einigen Fällen konnte der Wolf nicht mehr als Verursacher eines Risses nachgewiesen werden, weil die Probe schlicht und ergreifend zu spät entnommen wurde. Daher dürfte die Zahl an Nutztierrissen im Jahr 2020 auch deutlich höher liegen als die offiziell angegebenen 30 bei 7 sogenannten Rissvorfällen", sagt Knell. "Man kann nur hoffen, dass das Dunkelfeld nun aufgehellt wird. Dann dürfte auch in Hessen nicht mehr verneint werden, dass es ein Problem mit Wölfen gibt."